

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung  
(18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Tankred Schipanski, Albert Rupprecht (Weiden),  
Michael Kretschmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU  
sowie der Abgeordneten Dr. Martin Neumann (Lausitz), Dr. Peter Röhlinger, Patrick  
Meinhardt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 17/7183 –**

### **Potenziale der Einrichtungen des Bundes mit Ressortforschungsaufgaben stärken**

#### **A. Problem**

Einrichtungen des Bundes mit Ressortforschungsaufgaben unterstützen die jeweils zuständigen Bundesministerien bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Der Wissenschaftsrat hat auf Grundlage eines Beschlusses des Deutschen Bundestages und im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) die Ressortforschung des Bundes evaluiert. Auch wenn der Wissenschaftsrat der Forschung und Entwicklung (FuE) an den Ressortforschungseinrichtungen eine gute bis sehr gute Qualität bescheinigt, empfiehlt er Optimierungsmaßnahmen in den Bereichen Profilierung, FuE-Management, Vernetzung, Wettbewerb, Nachwuchsförderung, Qualitätssicherung, Personal- und Mittelausstattung sowie Internationalisierung.

#### **B. Lösung**

Um die Potenziale der Einrichtungen des Bundes mit Ressortforschungsaufgaben dauerhaft zu stärken, wird die Bundesregierung aufgefordert, den begonnenen Modernisierungs- und Optimierungsprozess auf der Basis der Empfehlungen des Wissenschaftsrates fortzusetzen.

**Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.**

#### **C. Alternativen**

Ablehnung des Antrags.

#### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 17/7183 anzunehmen.

Berlin, den 25. April 2012

### **Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung**

**Ulla Burchardt**  
Vorsitzende

**Tankred Schipanski**  
Berichterstatter

**René Röspel**  
Berichterstatter

**Dr. Martin Neumann (Lausitz)**  
Berichterstatter

**Dr. Petra Sitte**  
Berichterstatterin

**Krista Sager**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Tankred Schipanski, René Röspel, Dr. Martin Neumann (Lausitz), Dr. Petra Sitte und Krista Sager

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/7183** in seiner 130. Sitzung am 29. September 2011 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, den Innenausschuss, den Sportausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktionen der CDU/CSU und FDP erklären, dass Einrichtungen des Bundes mit Ressortforschungsaufgaben als wesentliches Instrument der Politikberatung die jeweils zuständigen Bundesministerien bei der Wahrnehmung ihrer hoheitlichen Aufgaben unterstützen. Es wird betont, dass für die Erfüllung der Beratungs-, Forschungs- und Dienstleistungsaufgaben eine hohe wissenschaftliche Qualität unabdingbar sei.

Um diese dauerhaft zu gewährleisten, habe der Wissenschaftsrat auf Grundlage eines Beschlusses des Deutschen Bundestages und im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) die Ressortforschung des Bundes evaluiert. Auch wenn der Wissenschaftsrat der Forschung und Entwicklung in den Ressortforschungseinrichtungen eine gute bis sehr gute Qualität bescheinige, empfehle er Optimierungsmaßnahmen in den Bereichen Profilierung, FuE-Management, Vernetzung, Wettbewerb, Nachwuchsförderung, Qualitätssicherung, Personal- und Mittelausstattung sowie Internationalisierung.

Eine Koordination der Kompetenzen und Aktivitäten finde bisher nicht in ausreichendem Maße statt, sodass mögliche Synergieeffekte ungenutzt blieben. Ferner müsse das Aufgabenspektrum zwischen Dienstleistung und FuE-Aufgaben analysiert werden, um entscheiden zu können, ob Einrichtungen weiterhin als Ressortforschungseinrichtungen des Bundes geführt werden könnten.

Es wird auch bemängelt, dass die Ressortforschung in der nationalen und internationalen Forschungslandschaft nicht ausreichend wahrgenommen werde.

Die Fraktionen der CDU/CSU und FDP begrüßen die positive Begleitung des Evaluierungsprozesses durch die Bundesregierung, die Umsetzung der Ergebnisse und Entwicklung von Handlungsempfehlungen auf der Basis einer verfassungs-, dienst- und haushaltsrechtlichen Umsetzbarkeit.

Um die Potenziale der Einrichtungen des Bundes mit Ressortforschungsaufgaben dauerhaft zu stärken, solle die Bundesregierung den begonnenen Modernisierungs- und Optimierungprozess auf der Basis der Empfehlungen des Wissenschaftsrates fortsetzen.

Im Einzelnen soll die Bundesregierung aufgefordert werden,

- im Rahmen des Bundesberichtes Forschung und Innovation über die Weiterentwicklung der Ressortforschung unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu berichten;
- zu überprüfen, welche Einrichtungen als Einrichtungen mit Ressortforschungsaufgaben geführt werden sollten;
- sicherzustellen, dass alle Einrichtungen mit Ressortforschungsaufgaben Forschungs- und Entwicklungsprogramme erarbeiten, indem aktuelle und erwartbare Forschungsbedarfe konkretisiert werden;
- eine Kartierung der FuE-Infrastrukturen über einem Anschaffungswert von 1,5 Mio. Euro gemeinsam mit den Ländern zu erstellen;
- die FuE-Aktivitäten der einzelnen Ressorts stärker zu koordinieren und mögliche Synergien zu nutzen;
- darauf hinzuwirken, dass in allen Forschungseinrichtungen die wissenschaftliche Qualitätssicherung einem hohen Standard entspricht und, wo nötig, diese intensiviert wird;
- ihre Einrichtungen mit Ressortforschungsaufgaben stärker mit dem Wissenschaftssystem zu vernetzen;
- die Möglichkeiten internationaler Kooperation stärker auszuschöpfen;
- die Vernetzung der Einrichtungen mit Ressortforschungsaufgaben mit europäischen und internationalen Partnern weiter voranzutreiben, um ihre Rolle als Agenda-Setter in der Gremien- und Ausschussarbeit auf europäischer und internationaler Ebene zu stärken;
- zu prüfen, inwieweit die personalrechtlichen Rahmenbedingungen den aktuellen Entwicklungen des Wissenschaftssystems angepasst werden müssen, um weiterhin erfolgreich hoch qualifiziertes Personal als Basis der Leistungsfähigkeit der Ressortforschungseinrichtungen zu gewinnen und zu halten;
- zu prüfen, welche weiteren Rahmenbedingungen in den Bereichen Haushalt und wissenschaftsadäquates Bauen flexibilisiert werden sollten, um für die forschungsintensiven Ressortforschungseinrichtungen ein wettbewerbsfähiges Handeln im Wissenschaftssystem zu gewährleisten;
- zu prüfen, wie weitere Regularien, die sich hinderlich auf die Forschungstätigkeit der Ressortforschungseinrichtungen auswirken, abgebaut werden können.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss**, der **Innenausschuss**, der **Sportausschuss**, der **Haushaltsausschuss**, der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**, der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**, der **Ausschuss für Arbeit und Soziales**, der **Verteidigungsausschuss**, der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**, der **Ausschuss für Gesundheit**, der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** sowie der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Annahme des Antrags auf Drucksache 17/7183 empfohlen.

Der **Finanzausschuss** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/7183 anzunehmen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags auf Drucksache 17/7183 empfohlen.

Vom **Ausschuss für Kultur und Medien** lag zum Abschluss der Beratungen im federführenden Ausschuss kein Votum vor.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner 72. Sitzung am 25. April 2012 beraten und empfiehlt:

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/7183 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Von Seiten der **Fraktion der CDU/CSU** wird einführend auf Grundlage des Bundesberichtes Forschung und Innovation 2010 ein Überblick über die Ressortforschungseinrichtungen des Bundes gegeben. Es gebe 40 öffentlich-rechtliche Bundeseinrichtungen sowie sechs überwiegend privatrechtliche Einrichtungen mit Forschungs- und Entwicklungsaufgaben, die jeweils von den entsprechenden Ministerien unterstützt würden. Von den insgesamt zur Verfügung stehenden 2 Mrd. Euro an Gesamtausgaben für die Ressortforschungseinrichtungen seien rund 43 Prozent in die FuE geflossen.

Die Bundesregierung habe auf die Stellungnahme des Wissenschaftsrates mit einem Bericht zur Weiterentwicklung der Einrichtungen mit Ressortforschungsaufgaben reagiert, der am 1. Juli 2011 vorgelegt worden sei.

Es sei Ziel des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, den Handlungsempfehlungen des Wissenschaftsrates parlamentarischen Nachdruck zu verleihen. Eine Kernforderung des Antrags sei, dass die Ressortforschungseinrichtungen als Teil der Wissenschaftslandschaft anerkannt und ihre Potenziale entsprechend hervorgehoben und ausge-

schöpft würden. Hierfür müssten Rahmenbedingungen für einen fairen wissenschaftlichen Wettbewerb geschaffen werden. Die Ressortforschungseinrichtungen müssten sich aber auch an den Maßstäben wissenschaftlicher Qualität messen lassen und dem aktuellen Niveau wissenschaftlicher Expertise und Methodenkompetenz entsprechen. Der Forschungsbedarf müsse klar definiert und die Kompetenzen sowie die Aktivitäten der Einrichtungen müssten stärker aufeinander abgestimmt werden. Man sehe Potenziale für Arbeitsteilung und Synergieeffekte. Eine Kartierung der FuE-Landschaft des Bundes und der Länder, aber auch eine regelmäßige Evaluierung durch externe Experten und Berater sowie passgenaue Qualitätssicherungssysteme seien dafür von Nutzen. Wissenschaftliche Leitungspositionen sollten durch ausgewiesene Wissenschaftler besetzt werden, und es werde empfohlen, dass sich die Ressortforschungseinrichtungen besser im Wissenschaftssystem vernetzen, um auf internationaler Ebene stärker auftreten zu können.

Ziel sei aber auch zu prüfen, inwieweit forschungsstarke Ressortforschungseinrichtungen von der Wissenschaftsfreiheitsinitiative profitieren könnten. Es gehe insbesondere um die Flexibilisierung der Rahmenbedingungen für Haushalt, Personal und Bau.

Von Seiten der **Fraktion der SPD** wird erklärt, dass sie einigen Forderungen des Antrags, die auch aus den Empfehlungen des Wissenschaftsrates von 2010 und den zehn Leitlinien für eine moderne Ressortforschung der großen Koalition aus dem Jahre 2007 resultierten, zustimme. Es seien aber nur ein Teil dieser Empfehlungen berücksichtigt worden, und auch die Ausführungen von Prof. Peter Strohschneider über die Ressortforschung im Ausschuss seien im Antrag nicht aufgegriffen worden. Die Fraktion der SPD vermisste im Antrag beispielsweise die Leitlinien für eine kontinuierliche Ermittlung der Finanz- und Personalausstattung der Ressortforschungseinrichtungen einschließlich einer mittel- und langfristigen Forschungsprogrammplanung sowie Ausführungen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Zur Frage der Teilhabe von Frauen in der Wissenschaft und der Besetzung von Frauen auf Führungspositionen in Ressortforschungseinrichtungen wird erklärt, dass die Bundesregierung diesbezüglich eine besondere Verantwortung habe. Die Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage habe ergeben, dass sie zu acht von 24 Einrichtungen keine Ausführungen zur Frage nach der Besetzung von Frauen in Führungspositionen machen konnte. In acht von 16 Einrichtungen habe keine Frau eine Führungsposition, und nur zwei Leitungsstellen seien paritätisch besetzt. Die Fraktion der SPD fordere daher, dieses Missverhältnis zu beenden.

Des Weiteren werde in dem Antrag nicht die Frage von Globalhaushalten berücksichtigt, und auch der Bedarf an Forschungsfragen und -themen in Ressortforschungseinrichtungen werde von Seiten der Bundesregierung nicht entsprechend formuliert. Daher werde die Fraktion der SPD dem Antrag trotz vernünftiger Ansätze nicht zustimmen können.

Die **Fraktion der FDP** stellt fest, dass sich der Antrag der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP in die Kontinuität der Bemühungen um den notwendigen Gestaltungs- und Verbesserungsbedarf in der Wissenschaftslandschaft einreihe. Der Wissenschaftsrat habe mit seinen Expertisen den aktuellen Leistungsstand und den Veränderungsbedarf

in sechs Kernbereichen der über 40 Ressortforschungseinrichtungen beschrieben.

Der Finanzierungsumfang von 2 Mrd. Euro mache ungefähr 13 bis 14 Prozent der gesamten institutionellen Forschungsförderung aus, und damit werde die Bedeutung dieser Einrichtungen offensichtlich. Dessen ungeachtet müsse aber im Sinne höherer Qualität und Leistung eine größere Autonomie, eine stärkere Vernetzung sowie eine größere Öffnung in die gesamte Wissenschaftscommunity angestrebt werden. Damit schließe die Regierungskoalition auch an den 5-Punkte-Plan der großen Koalition von 2007/2008 an.

Die Fraktion der FDP fasst zusammen, dass mit dem Antrag die kritische Diskussion voran gebracht werden solle, um die Prozesse zu optimieren. Es müsse insbesondere erreicht werden, dass das Konzept und die Leitlinien der Bundesregierung für eine moderne Ressortforschung aufgegriffen und die Ergebnisse der Evaluation durch den Wissenschaftsrat in konkrete politische Wissenschaftspolitik umgesetzt würden.

Die **Fraktion DIE LINKE.** sieht es grundsätzlich als positiv an, dass sich die Koalitionsfraktionen mit diesem umfangreichen Thema beschäftigt hätten, um mit Nachdruck die Umsetzung von Optimierungsvorschlägen von Seiten des Wissenschaftsrats voran zu bringen. Die Ressortforschungseinrichtungen hätten ein gewaltiges wissenschaftliches Potential, das von der Bundesregierung genutzt werden solle. Es stehe außer Frage, dass bei der Optimierung der Ressortforschung insbesondere regierungs- und parlamentsbezogene Strategien und Fragestellungen und deren Umsetzung berücksichtigt werden sollten.

Dessen ungeachtet stehe man einigen Perspektiven des Wissenschaftsrates auch kritisch gegenüber. Ressortforschungseinrichtungen sollten keine Angleichung an die Hochschulen anstreben, sondern sollten sich in ihrer Spezifik der Auftragsforschung selbstbewusst zeigen. Vor diesem Hintergrund sei es bedenklich, wenn den Einrichtungen aufgegeben werde, ihre eigene inhaltliche Agenda aufzustellen.

Die Fraktion DIE LINKE. fordere, die Autonomie der Ressortforschungseinrichtungen zu stärken und diese nicht anderen Wissenschaftseinrichtungen anzugleichen. Es sei sinnvoll, dass über Haushalts- und Personalführung sowie flexible Instrumente der Steuerung offen und transparent diskutiert werde. Es sei auch wichtig, dass dem Parlament sowie der Öffentlichkeit deutlich werde, wie die Verteilung von Finanzmitteln erfolge und welchen inhaltlichen Schwerpunkten sich die Ressortforschungseinrichtungen widmeten, um in die öffentlichen Debatten einzugreifen oder sie mit vorzubereiten und auch durch ein angemessenes Gouvernement zu begleiten.

Von Seiten der Fraktion DIE LINKE. wird die mangelnde Transparenz der Personalpolitik kritisiert. Unklar sei insbesondere, nach welchen Kriterien die Personalentwicklung und der Personalabbau erfolge.

Man befürworte zwar, dass man wissenschaftliche Qualifikation an den Einrichtungen ermögliche, aber nicht unter dem Blickwinkel der Erfahrungen des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Hochschulen. Es müssten Qualifikationsstellen mit klaren inhaltlichen und zeitlichen Perspektiven geschaffen werden. Es werde gut geheißen, wenn von

Seiten der Bundesregierung und der Einrichtungen ein offener Umgang mit Forschungsdaten erfolgen würde.

Zu fragen sei auch, welchen Status diejenigen Ressortforschungseinrichtungen erhielten, die nicht auf der Liste geführt würden.

Die Ressortforschung im Bereich des Bundesministeriums der Verteidigung habe, bezogen auf die Transparenz, eine besondere Bedeutung. Es gebe immerhin 14 Institute mit einem Etat von 150 Mio. Euro, und es hätte sich aufgrund des Beispiels der Pockenviren gezeigt, dass man über Regeln guter wissenschaftlicher Praxis in der Ressortforschung diskutieren müsse.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** kritisiert, dass die Bundesregierung keine strukturellen Entscheidungen auf der Grundlage der Empfehlungen des Wissenschaftsrates im Jahr 2007 und des Abschlussberichts der zweiten Tranche 2010 getroffen habe. Die Bundesregierung habe auch die Ressortforschungseinrichtungen nicht in ihre eigenen wissenschaftspolitischen Entscheidungen einbezogen. Es sei unklar, wie sie vom Entwurf des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes, der Internationalisierungsstrategie sowie der Umsetzung von Gleichstellungsstandards im Forschungsbereich profitierten.

Ein entscheidendes Manko des Antrags sei der fehlende Hinweis, wie die Ergebnisse des Wissenschaftsrates jetzt umgesetzt werden sollten. Die Erfahrung zeige, dass jedes Ressort an seiner Einrichtung besonders hänge und diese auch verteidige. An dieser Stelle bestehe sicher eine besondere Schwierigkeit, wenn das Bundesministerium für Bildung und Forschung mit politischen Forderungen an andere Ressorts herantrete.

Zu der Arbeit des Wissenschaftsrates wird ausgeführt, dass er 2004 den Fehler gemacht habe, einheitliche Kriterien an völlig unterschiedliche Einrichtungen anzulegen. Es sei abwegig, wenn z. B. einer Einrichtung, die hauptsächlich Genehmigungs- und Kontrollfunktionen habe, empfohlen werde, zu publizieren oder mehr Forschung zu betreiben. Es sollte vor dem Hintergrund der Erfahrungen nach zehn Jahren die Frage gestellt werden, ob nicht deutlich mehr Geld und Aufgaben aus der Ressortforschung in das staatlich finanzierte Wissenschaftssystem mit seinen hervorragenden Universitäten, außeruniversitären und unabhängigen Forschungseinrichtungen übertragen werden sollten.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstütze die Forderung von mehr Transparenz sowie einer Rechenschaftspflicht.

Für nicht mehr zeitgemäß halte man die alleinige Entscheidungskompetenz der Bundesministerien über das Arbeits- und Forschungsprogramm der Ressortforschungseinrichtungen. Dieses müsse vielmehr in einem Diskurs mit allen betroffenen Einrichtungen, Stakeholdern sowie gesellschaftlichen Gruppen selbst entwickelt werden.

Im Ergebnis werde man dem Antrag nicht zustimmen, weil wesentliche Fragen nicht richtig adressiert wären; man werte aber die Bemühungen der Koalitionsfraktionen positiv, die Bundesregierung zu einem größeren Tempo in ihren Bemühungen um die Ressortforschungseinrichtungen zu bewegen.

Von Seiten der **Bundesregierung** wird erklärt, dass Politik wissenschaftliche Beratung benötige und neben anderen Instrumenten die Ressortforschungseinrichtungen dafür zuständig seien. Man teile nicht die Ansicht der Abkapselung und Isolierung der Einrichtungen. Je nach Ziel und Aufgabe stünden die Institutionen im engen Kontakt und Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen.

Sie wolle klarstellen, dass der Bund im Jahr 2010 890 Mio. Euro für Forschung und Entwicklung in den Ressortforschungseinrichtungen ausgegeben habe, wovon 7 Prozent der öffentlichen FuE-Ausgaben im Rahmen der Ressortforschungsinstitutionen investiert worden seien, d. h. in die betreffenden Einrichtungen selber, in die mit den Ressortforschungseinrichtungen eng zusammenarbeitenden Forschungseinrichtungen sowie für die FuE-Projekte, die bei anderen Einrichtungen in Auftrag gegeben worden seien.

Die Aufgaben der Ressortforschungseinrichtungen seien in der Tat sehr unterschiedlich zwischen Dienstleistung und Forschung angesiedelt. Von den 46 Ressortforschungseinrichtungen hätten 14 Einrichtungen einen FuE-Anteil unter 10 Prozent, während 15 Institutionen einen Anteil von mehr als 50 Prozent FuE hätten.

Die Bundesregierung setze sich für ein modernes Personalmanagement ein. Dabei gelte der Grundsatz, dass Daueraufgaben von unbefristet Beschäftigten übernommen würden;

für zeitlich und thematisch begrenzte Projekte stelle man befristet Beschäftigte ein.

Die Bundesregierung setze sich ferner dafür ein, FuE weiter an dem Kriterium der Exzellenz zu orientieren. Man werde die Qualitätssicherung intensivieren und auch die Internationalisierung vorantreiben. Sie beabsichtige auch, im Bundesforschungsbericht, der voraussichtlich im Mai 2012 erscheine, über die Ressortforschung zu berichten. Darüber hinaus werde die Bundesregierung einen Atlas der FuE-Infrastrukturen über die Ressortforschungseinrichtungen des Bundes und voraussichtlich in einem zweiten Schritt auch der Länder veröffentlichen. Dies setze allerdings eine Kooperation mit den Ländern voraus.

Von Seiten der Bundesregierung wird auf neue Regeln zur Verbesserung der Ressortkoordinierung und die regelmäßige Abstimmung über die Belange der Ressortforschung hingewiesen.

Zur Programmplanung wird ausgeführt, dass FuE-Pläne der Einrichtungen der Bundesregierung vorgelegt würden. Sie würden ebenfalls im Bundesforschungs- und Innovationsbericht veröffentlicht. Hinsichtlich der Qualitätssicherung werde betont, dass einrichtungsspezifische Evaluationsverfahren auf den Weg gebracht worden seien, die zu einer Optimierung der Ressortforschung beitragen würden.

Berlin, den 25. April 2012

**Tankred Schipanski**  
Berichtersteller

**René Röspel**  
Berichtersteller

**Dr. Martin Neumann (Lausitz)**  
Berichtersteller

**Dr. Petra Sitte**  
Berichterstellerin

**Krista Sager**  
Berichterstellerin



